

marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Oktober 2005

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#04

Vorwärts zu Kreistagswahlen!

Für eine linke Mehrheit!

In wenigen Monaten, am 26. März 2006, ist in Hessen Kommunalwahl, und im Landkreis Marburg-Biedenkopf müssen die Linken zusehen, daß sie die schönen Prozente, die ihnen bei der Bundestagswahl zugefallen sind, auch in neue Stimmen in der Stadt Marburg und im Kreis umsetzen. Dies macht unter anderem konzeptionelle Anstrengungen nötig.

Für den Kreis werden sich dabei wahrscheinlich folgende Schwerpunkte ergeben:

In der Sozialpolitik muß der Kampf gegen Hartz IV geführt werden. Der Landkreis hat sich die Zuständigkeit hierfür zugeschanzt („Optionsmodell“). Hier ist zumindest zu fordern, daß Langzeitarbeitslose auch im Fachbeirat des KreisJobCenter vertreten sind.

Da die Grünen sich in einer Koalition mit der CDU zu deren Anhängsel gemacht haben, haben sie im Natur- und Umweltschutz längst auf alle eigenen Initiativen verzichtet. Die Linken werden sie immer wieder an ihre eigene frühere Programmatik auf diesem Gebiet erinnern müssen.

Gleiches gilt für die Verkehrspolitik. Seit dem 1. Januar 2005 donnern mehr Schwerlasten über die

Bundes-, Landes und Kreisstraßen im Landkreis. Sie wollen die Autobahn-Maut vermeiden. Die Linken werden fordern müssen,

sie einen Teil der Aktien, die der Kreis bei Energieversorger EAM hielt, an e.on verkauft. Die Schulhäuser sollten in ein so ge-

Marburg-Biedenkopf werfen wollen. Sie ist ein leistungsfähiges Institut. Auch hier muß aufgepasst werden. Zugleich sollte aber auch dafür gesorgt werden, daß die Bilanzgewinne der Sparkasse stärker als bisher in den Kreishaushalt einfließen.

Dann wird auch wieder mehr Geld da sein für die Schulen – der Kreis ist Schulträger. Finanznot bedroht immer wieder die Betreute Grundschule. Ihre Standorte müssen erhalten und sogar vermehrt werden!

Der Kreisausschuß lebt am größten Betrieb der Region vorbei: der Universität. Der Privatisierung des Uni-Klinikums sieht er tatenlos zu. Wir sollten fordern, daß er die Bemühungen, sie zu verhindern und damit Arbeitsplätze zu retten, unterstützt.

Ist das alles nicht ein bisschen viel verlangt? Angesichts der bürgerlichen Mehrheit im Kreistag werden solche Forderungen nur schwer zu verwirklichen sein. Deshalb sollte ein energischer Wahlkampf auch daran etwas ändern. Sein Ergebnis sollte sein:

Eine linke Mehrheit im Kreistag!

Georg Fülberth



daß auch für die anderen Straßen in der Region diese Abgabe erhoben wird. Das bringt zusätzliches Geld in die Kreiskasse.

CDU/CSU, Grüne, Freie Bürger und FDP haben seit 2001 systematisch mit der Verschönerung des Öffentlichen Eigentums begonnen. Unter anderem haben

nanntes Sale-&-Lease-back-Verfahren eingebracht werden.

Hier gilt es wachsam zu sein. Eine zentrale Forderung muß sein: Hände weg vom Öffentlichen Eigentum!

Es ist zu fürchten, daß private Finanzdienstleister ein begehrliches Auge auf die Sparkasse

Großartiger Start des linken Wahlbündnisses

Trotz massiver Kampagnen hat die BRD wieder eine linke Fraktion im Bundestag.

Mit deutschlandweit 8,7 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen zieht die Linkspartei. PDS mit einer Fraktion in den deutschen Bundestag ein, die „für soziale Gerechtigkeit, konsequente Friedenspolitik und für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik steht“, so der Bundesvorstand der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Alle Diffamierungs- und Verleumdungskampagnen der etablierten Parteien und ihrer Medien am Programm und den führenden Repräsentanten der Linkspartei. PDS, einschließlich der Attacken der Bild-Zeitung gegen die elf auf Landeslisten der Linkspartei.

PDS in acht westlichen Bundesländern sowie in Sachsen kandidierenden DKP-Mitglieder, sind gescheitert.

Nun komme es darauf an, die erfolgreiche Zusammenarbeit der linken Parteien und Kräfte zu vertiefen und in Verbindung damit den außerparlamentarischen Kampf zusammen mit weiteren Gruppierungen wie den sozialen Bewegungen, mit ATTAC, den Gewerkschaften und anderen zu verstärken. Denn nur so könne die Fraktion im Bundestag immer wieder angespornt, die Forderungen der Basis gestärkt und eine wechselseitige Befruchtung erreicht werden, so der Tenor unter Linken. Derweil ist das machtgeile Ge-

rangel der Etablierten aller Hartz-IV-Parteien – von scheinrot und olivgrün bis tiefschwarz und senfgelb – um Posten und Pöstchen, das Hauen und Stechen auch unter der Gürtellinie, das Kaufen und Verkaufen von oder an potenzielle Komplizen in vollem Gange. Platzhirsch Schröder ist offenbar entschlossen, seinen Kanzlerbunker bis aufs Letzte zu verteidigen. In der ersten Runde wird sich entscheiden, ob es ihm gelingt, die FDP zu kaufen oder ob es der CDU gelingt, die Grünen zu erwerben. Eine Große Koalition mit der CDU als Juniorpartner Schröders ist nicht in Sicht. Dieser setzt als letzte Variante anscheinend auf eine Kampfabstimmung im neuen

Bundestag zwischen den Kanzlerbewerbern Schröder und Merkel, wobei keiner von beiden die in den beiden ersten Wahlgängen notwendige absolute Mehrheit der Bundestagsabgeordneten bekommen würde. Beim dritten Wahlgang, bei dem die relative Mehrheit genügt, hofft Schröder offenbar darauf, von der Linkspartei Stimmen zu bekommen, die sich nicht nachsagen lassen möge, durch Stimmenthaltung eine tiefschwarz/senfgelbe Minderheitsregierung ermöglicht zu haben. Aber auch eine scheinrot-olivgrüne Minderheitsregierung wäre nicht von langer Dauer, trüge schon den Keim einer weiteren Neuwahl des Bundestags in sich. **Tanja Bauder-Wöhr**

AUSGEFRAGT

Ellen Brombacher über den Wahlerfolg der Linkspartei, ihre Hoffnungen und Befürchtungen, sowie über die Rolle und Aufgabe von KommunistInnen in der neuen Partei.

SEITE 2

VON DER HEIMATFRONT

Studierende der Medizin an der privaten Universität Witten/Herdecke konnten sich als zukünftige Elite in Weiß fühlen. Doch nun droht das Aus.

SEITE 3

SEHEN • LESEN • HÖREN

Macht Reichtum dumm? Diesen Eindruck kann man zumindest bei der Betrachtung der TV-Doku „The Simple Life“ bekommen. Und was kann die Linke daraus lernen?

SEITE 4

Im Übrigen...*

von Rosa Schwenger

... kommen mir die „Analysen“ über das Nachwahldebakel inzwischen zu den Ohren wieder raus. Dass man vor so einer Wahl nicht in Ruhe gelassen wird – daran hat man sich gewöhnt. Dass es im Wahlkampf nur darum geht, einzelne Politiker als hässlich, dreist und dumm oder wahlweise kompetent, willensstark und durchsetzungsfähig darzustellen, ist in jeder schlechten Talkrunde und an jedem bundesdeutschen Stammtisch längst Standard. Dass es aber nach der Wahl immer so weiter geht, treibt schließlich jeden politisch Interessierten ans Ende seiner Aufnahmekapazitäten von leeren Phrasen. Eingeläutet durch Schröders Harakiri-Auftritt in der „Berliner Runde“ und begierig aufgegriffen von allem, was eine Kamera vor sich hatte, sind persönliche Machtgier und Eitelkeit jetzt die Themen der Nation. Ob Schröder oder Merkel beim trotzigem Festhalten am eigenen Kanzlerschaftsanspruch den dickeren Kopf haben, scheint heute über die Zukunft der BRD zu entscheiden. Dabei vergessen viele, dass alle etablierten Parteien bisher an den Deformationen (genannt Reformen) des Sozialstaats und der Demokratie kräftig mitgewirkt haben. Helfen würde nur eine Debatte über wirkliche Alternativen. Ein anderes Gesellschaftssystem zum Beispiel. Eines, in dem die Leute nicht alle vier Jahre gefragt werden, von welchen Dieben sie sich beklauen lassen wollen, sondern in dem sie wirklich mitentscheiden können – in allen wichtigen Fragen des Lebens.



Initiative für sozialversicherungs-pflichtige Jobs

Würde sich der Kreistag – was ausgeschlossen ist – einem Antrag der Fraktion *Die Linkspartei* anschließen, müsste der Kreisausschuss dafür Sorge tragen, zusätzliche Mittel, die aus der gesetzlich möglichen Gewinnausschüttung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf dem Kreishaushalt zufließen, ausschließlich für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des KJC zu verwenden, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zum Ziel haben. Hintergrund ist die Ausweitung von 1-Euro-Jobs, die Dr. McGovern (Erster Kreisbeigeordnete) mit dem Satz begründet: „Für eine ABM-Stelle kann ich 10 Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen bezahlen“. Frei nach dem Motto: Was kümmern mich die regulären Arbeitsplätze von gestern? In der nächsten Ausgabe des *Marburger Echo* findet der Leser die Antwort auf die Frage, mit welcher Begründung dieser Antrag abgelehnt wurde.

Große Anfrage zu Hartz IV

Die Kreistagsfraktion *Die Linkspartei* hat für die Kreistags-Sitzung am 07. Oktober eine weitere Große Anfrage zur „Umsetzung von Hartz-IV im Landkreis Marburg-Biedenkopf“ eingebracht. Der Kreisausschuss hatte letztes Jahr entschieden, zum 1. Januar 2005 Langzeitarbeitslose selbst zu „betreuen“ und gegen Kostenersatzung sämtliche Aufgaben der Arbeitsagentur zu übernehmen (sogenanntes Optionsmodell). Das KreisJobCenter (KJC), verantwortlich für die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen, entscheidet daher auch über die Angemessenheit der Unterkunft- und Heizkosten, welche erstattungswürdig sind und welche nicht.

Da es immer mehr Hinweise gibt, dass Hartz-IV-Betroffene zum Umzug in kostengünstigere Wohnungen gezwungen werden, hat *Die Linkspartei* Auskunft darüber verlangt, welche Kriterien das KJC anlegt. Als angemessene Unterkunftskosten, so die Antwort des Kreisausschusses gelten z. B. 345 € für 60 qm, die sich zwei Personen teilen. Bei geringfügiger Überschreitung der Richtwerte, z. B. Wohnung zu groß, aber im Preis angemessen, sollen unter Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalles die tatsächlichen Unterkunftskosten weiterhin übernommen werden. Ob zumindest diese Vorgaben, die selbst schon der Hohn sind, umgesetzt werden, gilt es weiter zu überprüfen.

ECHO VON LINKS



Wolfgang Rothe, WASG Marburg:

Gesundheit darf nicht unbezahlbar werden!

Gegen den Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge!

Unterstützen Sie das Volksbegehren gegen die Privatisierung medizinischer Einrichtungen unter Regie des Landes Hessen!

Die neoliberale Privatisierungswelle rollt und rollt und hat in Form des angestrebten Verkaufs des Uni-Klinikums Gießen-Marburg nun auch Mittelhessen erreicht. In Nordhessen soll das Kreiskrankenhaus Witzenhäusen und hessenweit der Landeswohlfahrtsverband privatisiert werden. Aber das sind nur die Spitzen des Eisbergs. Öffentliche Gebäude wie in Frankfurt das Polizeipräsidium und ein Großfinanzamt oder in Wiesbaden ein Ministerium werden verkauft und dann zurückgemietet. Das Land Hessen verscherbelt gerade sein Tafelsilber. Aber was wird Roland Koch machen, wenn er alles verkauft hat?

Die Gründe des Verkaufs dieser Immobilien und der Privatisierung u.a. des Uni-Klinikums Gießen-Marburg liegen nur teilweise in der öffentlichen Finanznot. Denn diese Finanznot ist durch fortwährende Steuergeschenke an die größten Unternehmen und die Spitzenverdiener vom Bund selbst erzeugt. Es geht bei diesem Verkauf auch darum, dass weitere, bisher aus gutem

Grund geschützte Bereich unseres Gemeinwesens dem Prinzip der Gewinnerzielung unterworfen werden. Denn das herum-schweifende, den arbeitenden Menschen abgepresste Finanzkapital sucht nach Anlagemöglichkeiten. Und da wird nunmehr auch vor dem Gesundheitswesen nicht mehr Halt gemacht. Nebenbei versucht sich das Land so auch aus seiner gesundheitspolitischen Verantwortung zu schleichen.

Allerdings haben privatisierte Unternehmen nicht die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung als Ziel, sie machen auch nichts billiger und besser, sondern schränken eher Leistungen ein und machen diese teurer, da sie die Optimierung der eigenen Gewinne anstreben. Deshalb droht im Gießen-Marburger Raum durch diese Privatisierung nicht nur die wesentliche Verschlechterung der medizinischen Versorgung sondern auch der Verlust von bis zu 10.000 Arbeitsplätzen.

Die Bedeutung dieser Privatisierung ist bundesweit zu sehen. Es

geht nicht allein um die Region Mittelhessen, nicht einmal Hessen. Ein erfolgreicher und bisher einmaliger Verkauf einer Klinik dieser Größenordnung hätte eine bundesweite Signalfunktion. Bisherige Beispiele von Privatisierungen geben sehr zu denken.

- Nach dem Teilverkauf der Berliner Wasserwerke an den Wassermulti RWE stieg in Berlin der Wasserpreis um 20 %, mehrere Tausend Menschen verloren ihre Arbeitsplätze und die Mittel für die Pflege des Leitungssystems und den Schutz der Grundwasserreserven wurden reduziert.

- Nach der Privatisierung der Englischen Eisenbahn begannen die Schienen zu verrotten und die Zahl der direkt darauf zurückzuführenden Zugunglücke schnellte nach oben.

- Die Privatisierung des englischen Gesundheitssystems führte dazu, dass heute deutsche Ärzte am Wochenende nach England zum Dienst einfliegen.

Erfolgreiche Gegenwehr ist möglich:

Der Verkauf der Münsteraner Wasserwerke scheiterte am Streik der dortigen Busfahrer. Denn um die „Braut“ für Investoren begehrt zu machen, wurden die Verkehrsbetriebe aus den Stadtwerken ausgelagert, mit der Folge, dass die Busfahrer 20 % unter den bisherigen Tarifen bezahlt werden sollten und dies durch einen mehr als vierwöchigen erfolgreichen Streik verhindert.

Das erfolgreiche Volksbegehren der Gewerkschaft ver.di hat 2003 in Hamburg die völlige Privatisierung der Hamburger Kliniken verhindert.

Mit diesem Privatisierungsbestrebungen vertritt Roland Koch die Interessen des großen Geldes und nicht die der arbeitenden oder kranken Menschen. Roland Koch, der vom angeblichen Aufklärer zum „brutalstmöglichen“ Privatisierer wurde, darf Landeseigentum wie u.a. die Uni-Kliniken nicht Finanzjongleuren andienen! Die Privatisierung des Klinikums Gießen-Marburg muss verhindert werden!

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit Ellen Brombacher*

Wie bewertest Du den Wahlerfolg der Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl?

Wir freuen uns über das sehr gute Abschneiden der Linkspartei.PDS. Das ist eine Chance, den Forderungen nach einer sozial gerechteren Politik im Bundestag eine vernehmbare Stimme zu geben. Zum Erfordernis einer parlamentarischen Opposition haben wir immer eine klare Haltung bezogen; auch im Vorfeld der Bundestagswahlen 2002. So manche, sich links neben uns wählende, in und außerhalb der Partei meinten damals, die PDS-Führung benötige einen

Ohne Selbstüberschätzung

„Wir müssen Teil des sich entwickelnden Widerstandes sein...“

*Ellen Brombacher ist Sprecherin der Kommunistischen Plattform (KPF) in der Linkspartei.PDS.

Denkzettel und es sei daher gut, die PDS käme nicht in den Bundestag. Konkurrenzmandate waren da kein Problem. Manche von denen werfen uns heute vor, wir hätten nicht klar genug für einen Wahlerfolg der Linkspartei.PDS plädiert. Wir waren von Anfang an für ein Zusammengehen von WASG und PDS im Wahlkampf. Und was die häufig beschworene historische Chance der zu erwartenden Einheit aller Linken anbetrifft, so wird das Leben zeigen, wohin die Reise geht. Wir werden sehen, wen Bisky alles meint, wenn er abwertend von linken Ich-AGs redet.

Welche Hoffnungen setzt Du in die Fraktion der Linkspartei.PDS?

Mit den Hoffnungen ist das so eine Sache. Es gibt so etwas wie Prüfsteine für die zukünftige Fraktionsarbeit: Mit welcher Konsequenz werden welche sozialen Forderungen im Bundestag erhoben? Wie wird in Zukunft mit den Konflikten umgegangen, die sich aus der Ambivalenz ergeben, auf Bundesebene zu opponieren und in Länderregierungen Bundespolitik mit umzusetzen?

Wie eng wird das Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Bewegungen gestaltet? Welche Positionen werden im antifaschistischen Kampf und gegen die sogenannte Totalitarismuskonzeption eingenommen? Wie wird sich die Fraktion zu jeglicher Form von Auslands-Militäreinsätzen, insbesondere der Bundeswehr, verhalten? Wie wird der Umgang mit der Geschichte erfolgen und wie stark werden sich antikomunistische Tendenzen in der Partei entwickeln bzw. verfestigen? Welche Rolle wird der Internationalismus in der Partei spielen, nicht zuletzt hinsichtlich der Solidarität mit dem sozialistischen Kuba und Venezuela?

Was sind Deine Befürchtungen?

Eine weiter fortschreitende Verbürgerlichung der Partei.

Was sind in dieser Situation die dringendsten Aufgaben der KPF in der Linkspartei.PDS? Welche Rolle wird sie in Zukunft in der Partei realistischere Weise noch spielen können?

Letzteres ist offen. Realistischerweise bestimmt man nie allein über verbleibende Spielräume. Wir sehen die unverwechselbare Verantwortung von Kommunistinnen und Kommunisten in die-

ser Zeit etwa so: Wir müssen Teil des sich entwickelnden Widerstandes sein, wissend, wie gering unser derzeitiger Einfluss ist – ohne jegliche Selbstüberschätzung und doch oder vielleicht gerade deshalb in der festen Überzeugung, dass wir die Verantwortung dafür tragen, dass der Antikapitalismus als Gebot der Stunde nicht untergeht im politischen Tagesgeschäft und dass Sozialismus als historische Option nicht unter dem Schmutz des Antikomunismus verschwindet; das schließt einen selbstkritischen Umgang mit dem gewesenen Sozialismus ebenso ein, wie seine Verteidigung. Die sich der KPF zugehörig fühlenden PDS-Mitglieder meinen, dass es in der PDS – häufig einer Vorstandsmehrheit zum Trotz – bis dato günstige Möglichkeiten gab, in diesem Sinne zu wirken. Die PDS war nicht frei von antikomunistischen Momenten; aber sie war immer weit davon entfernt, eine antikomunistisch geprägte Partei zu sein. Dafür stand die überwiegende Mehrheit der Parteimitgliedschaft. Und eins vergesse nicht: Das sind unsere Genossinnen und Genossen – zig tausendfach über Jahrzehnte hinweg.

Die Fragen stellte **Markus Wöhr**

Das Interview in voller Länge auf: www.marburger-echo.de



Erster Privat-Uni droht das Aus

Studierende der Medizin an der privaten Universität Witten/Herdecke konnten sich als zukünftige Elite in Weiß fühlen, Handverlesen in Aufnahmegesprächen. Intelligente, sozial engagierte und allgemein aufgeschlossene Geister, welche nicht nur Medizin, sondern auch „reflexive, kommunikative und künstlerische Kompetenz erlernten“. Nachdem der für die Qualitätssicherung privater Universitäten zuständige Wissenschaftsrat konstatierte, die Humanmedizinerausbildung erfülle nicht „den universitären Anspruch“, droht nun jedoch der Absturz vom Mediziner-Olymp. Es sei „nicht länger verantwortbar“ den Studiengang in derzeitiger Form weiterzuführen, da „eine auch nur annähernde Gleichwertigkeit mit anderen universitätsmedizinischen Einrichtungen nicht gegeben ist“, so der Wissenschaftsrat. Der Katalog der Mängel ist lang. So seien etwa „erhebliche inhaltliche und strukturelle Schwächen in Lehre und Forschung“ zu beklagen. Lediglich vier hauptamtliche Professoren lehrten an der privaten Universität Humanmedizin. An staatlichen Universitäten seien es in der Regel 60 bis 100 Professoren. Weiterhin mangle es ihr an einer eigenen Uniklinik, und ferner seien die Durchfallquoten und die Anzahl der Studienabbrecher hoch. Die Gutachter sahen daher nur zwei Lösungen: Grundlegende Neukonzeption des Studiengangs oder dessen Auflösung – und rieten schon mal „keine Erstsemester mehr zu immatrikulieren“. Das Aus des Studiengangs Humanmedizin wäre gleichbedeutend mit dem Aus der ersten privaten Universität Deutschlands. So erklärte deren Präsident: „Ohne Medizin kein Herdecke“. Die „Überlebenschancen“ der Universität hängen nun davon ab, Gelder einzuwerben, die „es ihr erlauben würden, eine adäquate Personalausstattung zu gewährleisten“. Bereits seit 1995 kann die private Universität jedoch nur aufgrund millionenschwerer Zuschüsse aus dem nordrhein-westfälischen Landeshaushalt überleben. Insgesamt rund 40 Millionen Euro erhielt die private Universität bisher. Als sie 1981 gegründet wurde, verkündete die damalige Leitung, die Universität ausschließlich aus Sponsoren- und Forschungserträgen finanzieren zu wollen, keine Studiengebühren zu erheben, noch Landesmittel zu beanspruchen. Seitdem musste das Land pro Studierendem sogar mehr Geld aufbringen als für jene an staatlichen Hochschulen. Und seit etwa zehn Jahren werden die Studierenden zusätzlich selbst zur Kasse gebeten – beispielsweise mit 15.000 Euro Sofortzahlung pro Vollstudiengang.

Markus Wöhr

HOCH DIE... NIEDER MIT...

Die „bolivarianische Revolution“

Im August dieses Jahres fanden in Caracas, Venezuela, die 16. Weltfestspiele der Jugend und StudentInnen statt. Dabei stellten sich 20.000 Teilnehmer unter das Motto „Für Frieden und Solidarität, wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg“. Unser Autor war Mitglied der deutschen Delegation. Er berichtet vom „bolivarianischen“ Transformationsprozess.

Die Weltfestspiele haben eine lange Tradition: 1947 in Prag das erste Mal durchgeführt, überstanden sie den Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/91 und fanden seitdem 1997 in Kuba und 2001 in Algerien statt. Dass der Austragungsort dieses Jahr Venezuela war, ist kein Zufall. Gibt es dort derzeit doch große gesellschaftliche Veränderungen, die der Präsident Hugo Chávez als Weg in den „Sozialismus des 21. Jahr-



hunderts“ bezeichnete. Hugo Chávez, der Ende 1998 die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, initiierte einen Prozess zur Erarbeitung einer neuen Verfassung, die im November 1999 per Referendum angenommen wurde. Diese Verfassung benennt Venezuela als „bolivarianische Republik“ und enthält wesentliche basisdemokratische Elemente, wie etwa die Möglichkeit der Abwahl aller Ämter während der Amtszeit oder größeren Entscheidungsspielraum auf regionaler Ebene. Sie bildete die Grundlage für die notwendige breite Basis zur Durchsetzung weiterer Reformen. Im sozialen Bereich wurden sog. Missionen eingerichtet, die sich die Bekämpfung des Analphabetismus („Mission Robinson“) und der Verbesserung der Gesundheitsversorgung in den Armenvierteln („Mission Barrio Adentro“) zum Ziel setzen. So gelang es innerhalb kürzester Zeit etwa eine Million Analphabeten zu alphabetisieren. Finanziert wurden diese Projekte durch die Umverteilung der Erdöleinnahmen zugunsten des Staatshaushalts, die bisher in den Führungsetagen des staatlichen Erdölkonzerns versickerten. Von Anfang an wurde Chávez von den traditionellen Eliten, bestehend aus den alten Parteien, Unternehmerverbänden, der katholischen Kirche, der rechten Gewerkschaft und den privaten Medien, heftig angegriffen. Im April 2002 putschte diese Opposition mit Hilfe von Teilen der Militärführung, musste jedoch mangels Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten und des Militärs scheitern. Ein daraufhin in Gang gesetztes Referendum zur Absetzung des Präsidenten konnte Chávez 2004 für sich entscheiden. Auch ein ausgeru-

feiner Generalstreik zum Sturz von Chávez, der allerdings mehr den Charakter einer massenhaften Aussperrung hatte, verfehlte sein Ziel. Die kommunistische Partei Venezuelas gehört u.a. zusammen mit der Regierungspartei „Bewegung fünfte Republik“ (MVR) dem „Patriotischen Pol“, einem Parteienbündnis zur Unterstützung des bolivarianischen Prozesses, an. Ihrer Einschätzung nach ist Chávez tatsächlich ein Katalysator des revolutionären Prozesses, der schrittweise den Klassenkampf zuspitzt. Dennoch ist die KP dadurch nicht überflüssig geworden, spielt sie doch bei den Lohnkämpfen in den Großunternehmen eine wichtige Rolle. Bemerkbar macht sich das auch bei den Wahlen, wie etwa bei den Regionalwahlen im August, bei der die KP in Caracas die zweitstärkste Kraft wurde. Chávez nennt den Prozess in Anlehnung an den lateinamerikanischen Freiheitskämpfer Simón Bolívar die „bolivarianische Revolution“. Als ideologische Grundlage dient der „Bolivarianismus“, der soziale Elemente wie die Bekämpfung



der Armut und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums mit antiimperialistischen Elementen verknüpft. Letzteres bedeutet vor allem nationale Souveränität und die Einheit Lateinamerikas. Etwa durch die Entwicklung verschiedener Industriezweige, um der Abhängigkeit von Importen entgegenzuwirken. Oder in der Initiierung von Bündnissen mit anderen lateinamerikanischen Staaten. So auch der gemeinsam mit Kuba erarbeitete Gegenentwurf zur US-dominierten gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA), die „bolivarianische Alternative für ganz Amerika“ (ALBA). Allerdings blieb dieser Kurs nicht unbeantwortet. Neben einer Propaganda, die Chávez als Diktator zu diskreditieren versuchte, wurde Venezuela offen mit Gewalt gedroht. So legte die venezuelanische Regierung Dokumente vor, in denen die USA beschuldigt wurde, eine Invasion zu planen.

Pablo Graubner

Strategisches Kalkül

Der Gaza-Streifen ist eine nicht mal 400 Quadratkilometer große Sandwüste ohne strategischen Wert. Bis 1967 von Ägypten besetzt, wurde er im Sechs-Tage-Krieg 1967 von den israelischen Streitkräften annektiert.

Seit dieser Zeit wurde der Gaza Streifen von israelischen Siedlern besiedelt – illegal nach Artikel 49 der vierten Genfer Konvention, welche den Transfer von Zivilbevölkerung in besetztes Gebiet untersagt.

Unökonomisch
Schon mit Beginn des Osloer Friedensprozesses versuchte der damalige israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin den unliebsamen Gaza-Streifen loszuwerden. Denn: die Besetzung des Gaza-Streifens erwies sich als äußerst unökonomisch. Der Aufwand, der zum Schutz der wenigen tausend Siedler notwendig war, rentierte sich nicht. Auch waren die ständigen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit militanten Palästinensern für die Armee moralisch wie wirtschaftlich äußerst kostspielig. So war es denn kein Wunder, daß 1994 unter dem Gaza-Jericho Abkommen der palästinensischen Autonomiebehörde die Kontrolle übertragen wurde. Eines der Ziele: die palästinensischen Sicherheitskräfte sollten sich „mit ihren eigenen Mitteln“ um die Sicherheitslage kümmern, so der damalige Premierminister Yitzhak Rabin.

Der Abzug aus Gaza ist ein strategisches Kalkül, keine Frage. Die Regierung Ariel Sharon hofft, durch den Rückzug aus den 21 Siedlungen ihre Ansprüche auf das Westjordanland festigen zu können. Der Rückzug wird dadurch erleichtert, dass der alttestamentarisch hergeleitete Anspruch auf „Judäa und Samaria“ sich lediglich auf das Westjordanland beschränkt.

Prekäre Lage
Die Lage im Gaza-Streifen ist prekär. Wie der Mord an dem Neffen des verstorbenen Präsidenten Arafats verdeutlichte, ist ein staatliches Gewaltmonopol

vor Ort nicht mehr vorhanden. Bewaffnete Banden sind dabei, die Herrschaft der palästinensischen Autonomiebehörde zu untergraben. Der israelische Rückzug wird auf beiden Seiten von einer Mehrheit von 72% als Sieg für den palästinensischen Widerstand interpretiert. Für Präsident Abbas stellt dies durchaus ein Problem dar, weil er ein erklärter Gegner der Intifada war und somit den Sieg nicht für sich reklamieren kann. Selbst nach dem Abzug wird die israelische Armee immer noch die Grenzübergänge zu Israel kontrollieren. Sie wird sich ebenfalls das Recht vorbehalten, im Falle palästinensischer Übergriffe weiterhin militärische Operationen und gezielte Tötungen im Gaza Streifen vorzunehmen. Diese Operationen werden, wie ein Sprecher der israelischen Armee verlautbaren ließ, nach dem Rückzug deutlich schärfer ausfallen, als dies bisher der Fall war. Auch wird die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft durch die fortbestehenden Grenzkontrollen nachhaltig beschädigt. Stunden- und manchmal tagelange Wartezeiten an den 3 Grenzübergängen Erez, Karni und Rafah sind eher die Regel als die Ausnahme. Zu transportierende Güter werden auf der einen Seite abgeladen, auf israelische Lastwagen verladen und nach Israel geschafft und von dort verschifft. Einem Bericht von Weltbank und der US-Entwicklungshilfeorganisation USAID lässt sich „ohne umfassende Reform des Grenzregimes, die palästinensische Wirtschaft nicht wieder in Gang bringen.“ Insofern ist es fraglich, ob der israelische Rückzug eine Verbesserung der Lebensbedingungen im Gaza-Streifen mit sich bringen wird.

Florian Rabitz

MARXISTISCHE BLÄTTER

Feindbild Islam Ausgabe 4/2005

DAS THEMA Karin Rührdanz: Wandlungen des Feindbildes Islam vom europäischen Mittelalter bis zum „American Empire“; Sabah Alnasserli: „Islamismus“, seine Erscheinungsformen und die Ursachen seiner Entstehung; Martin Robbe: Im „toten Winkel“ der Erinnerung – Auf den Spuren arabischer Nazi-Opfer; Gazi Ates: Deutschland und die Muslime; Joachim Guillard: Besatzermythen – Islamistische und laizistische Kräfte im Widerstand gegen die Besetzung des Irak; Hans-Peter Brennen: Der Islam im Spiegel der marxistischen Religionskritik

Bestellung bei Neuimpulse Verlag
Tel. 0201-24 86 48 2
Fax 0201-24 86 48 4
E-Mail Neuimpulse@aol.com

Einzelheft: 112 Seiten, 7,50 Euro
Jahresabo: 42,50 Euro;
ermäßigt: 27,50 Euro
Ältere Hefte schicken wir gerne auch kostenlos zu.

NEUE IMPULSE VERLAG

www.marxistische-blaetter.de



Welchen nutzen hat Marx hier noch?

Grenznutzen, Nutzenmaximierer (Teil II & Schluss)

Während wir uns im Teil I* mit der klassischen Arbeitswerttheorie nach Adam Smith und der Grenznutzenschule, also der Neoklassik, beschäftigt haben, setzen wir uns heute mit der „objektiven Arbeitswerttheorie“ nach Karl Marx auseinander.

Grundlagen: Marx selbst baut auf das von Ricardo und Smith entworfene klassische Modell der politischen Ökonomie auf. Der Wert der Ware bestimmt sich über die zur Produktion gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit. Für Marx sind folglich nicht die Überlegungen der Individuen relevant, sondern vielmehr gesellschaftliche Verhältnisse, in denen Individuen stehen. Dementsprechend begründet Marx die Werttheorie nicht mit den Überlegungen der Tauschenden. Das den Waren eigene Charakteristikum ist hier, dass Waren nicht nur einen Wert, sondern auch einen Gebrauchswert und gar – einen im Tauschakt entstehenden – Tauschwert besitzen. Wert und Tauschwert entstehen erst durch arbeitsteilige Produktion und Tausch. Während der Gebrauchswert einen natürlichen Charakter hat, ist der Tauschwert eine gesellschaftliche Eigenschaft. Die drei Eigenschaften der Warenform in kapitalistischen Gesellschaften sollen demonstrieren, dass Ware (aber auch Geld und Kapital) nicht eine allgemeine Bedin-

gung menschlichen Wirtschaftens ausdrückt, sondern Produkt einer historisch gewordenen Gesellschaftsformation ist.

Probleme: Sowohl die Arbeitswertlehre der Klassik als auch die Grenznutzenschule der Neoklassik besitzen innere Widersprüche und scheitern beide beim Versuch einer Erklärung der Preise: Die Klassik, weil sie versucht, auf Grundlage der Arbeitswerttheorie die relativen Preise über die Produktionskosten abzuleiten, die Neoklassik aufgrund einer unhaltbaren Produktionsfunktion und der strikten Übertragung mikroökonomischer Prozesse und Annahmen auf makroökonomische Zusammenhänge – alles aus Sicht der Konsumenten, deren marktkonformes Verhalten als absolut natürlich und angeboren gesetzt wird.

Bedeutung: Die dargestellten Modelle zur Bildung und Entstehung von Werten und letztlich auch von Preisen sind ein fundamentaler Standpunkt jeder ökonomischen Theorie. Versucht man zu begreifen, wie Gewinne

entstehen, Löhne sich errechnen, Kosten auf Preise einwirken oder Werte von Waren entstehen, stößt man zwangsläufig auf die beiden widerstrebenden Werttheorien der Klassik und der Neoklassik, die bis heute in weiten Kreisen der Wirtschaftswissenschaften – auch an Hochschulen – vertreten und fast ausnahmslos und kritiklos gelehrt werden. Die Bedeutung einer solchen Theorie liegt im Erklärungsgehalt ihrer Aussagen. Erschreckend ist die Tatsache, dass in allen öffentlichen Diskussionen und an Hochschulen der Konsens herrscht, die liberale Wirtschaftstheorie, aufbauend auf der Neoklassik – wenn auch in abgewandelter Form – könne wirtschaftliche Zusammenhänge und Prozesse hinreichend erklären. Gegenteiliges ist der Fall. Bereits 1960 hat Piero Sraffa (1898-1983) nachgewiesen, dass die Grenznutzenschule mit der Erfassung des Produktionsfaktors Kapital in der Produktionsfunktion sich selbst ein Bein gestellt hat. Der Faktor Kapital hat in einer Produktionsfunktion, die physische In- und Outputs widerspiegelt, nichts zu suchen. Gleichzeitig benötigt die Neoklassik die aggregierte Produktionsfunktion essentiell, da ohne sie das Einsatzverhältnis von Kapital und Arbeit, die Verteilung sowie das Produktionsvolumen nicht bestimmt werden könnten. Versuche, wie der vom amerikanischen Ökonom Paul Samuel-

son, dem Dilemma durch veränderte Annahmen zu entkommen, scheiterten. Verwunderlich, dass die Grenznutzenschule bis heute das dominierende Leitbild in Wirtschaft und Lehre ist.

Welchen Nutzen hat Marx hier also noch? Auch wenn die Probleme der marxschen Arbeitswertlehre nicht gelöst sind, so liegt der Nutzen von Marx Wertanalyse zum einen in der Kategorie: Der spezifische Charakter der Ware und explizit die gesellschaftliche Form der Waren produzierenden Arbeit wird analysiert, der Mensch als ein in Dialektik zur Gesellschaft stehendes Individuum begriffen. Marx selbst geht es nicht um den Beweis seiner Arbeitswerttheorie, vielmehr um das kritische Durchleuchten der wirtschaftlichen Prozesse. Marx betrachtet folglich nicht Individuen und deren Verhalten, sondern die Organisationsweise der gesellschaftlichen Arbeit, die dem Einzelnen keine andere Wahl lässt, als die des Tausches. Zum anderen basiert die moderne Volkswirtschaft auf der klassischen politischen Ökonomie. Wollen die Probleme und Konzepte der Gegenwart verstanden werden, so ist die kritische Analyse der Gesellschaft Pflicht. Diese ist jedoch mit den Mitteln der dominierenden Grenznutzenlehre in kritischer Form unmöglich.

Markus Hofmann

*Teil I kann auf www.marburger-echo.de nachgelesen werden.

TERMINE

Sa./So., 22./23.10. • Essen
In welchem Kapitalismus leben wir? Zur DKP-Programmdiskussion.

Mario Candeias, Ekkehard Lieberam, Werner Seppmann u.a.

Do., 03.11. • Marburg
Diskussionsveranstaltung mit irakischen Gewerkschaftern
Ort, Zeit & weitere Infos:
Tel.: 0174-3763455 (Ulrike Eifler)

Donnerstags • 20 Uhr • Linkspartei-Büro, Weidenhäuserstr.
Kommunalpolitischer Ak der Kreistagsfraktion Die Linkspartei.

Treffen der DKP Marburg
jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr, Schwanhof, Schwanenallee 27-31



Wir schicken Ihnen das *Marburger Echo* gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.

Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck angeben: Marburger Echo

SEHEN • LESEN • HÖREN

Macht Reichtum dumm?

Seit einiger Zeit können wir auf PRO 7 die Serie "The Simple Life – Die Praktikantinnen" bewundern.

Wir können die Millionärstochter Paris Hilton und Nicole Richie dabei beobachten, wie sie von Praktikumsstelle zu Praktikumsstelle durch die USA reisen. Ernst nehmen sie die Praktika nicht: im Gegenteil, sie lassen allen spüren, dass sie das eigentlich gar nicht nötig haben. Da kommen sie schon mal vier Stunden zu spät, verspeisen das Essen, das sie den Kollegen holen sollten, einfach selbst und benutzen den Kopierer zum Kopieren diverser eigener Körperteile. In einem Bestattungsunternehmen landet die Asche aus den Urnen auf dem Boden, und einem Ehepaar, das Beratung bei der Auswahl des eigenen Sarges wünscht, empfehlen sie ein Exemplar mit den Worten: „Ein echter Luxus-

sarg – wäre es nicht toll, darin zu f...?“. Bei dieser Sendung muss man sich die Frage stellen: Macht Reichtum dumm? Die beiden demonstrieren uns, dass sie außer einer Flut an albernen sexuellen Anspielungen nichts im Kopf haben und darauf auch noch stolz sind. Es handelt sich um die richtige Sendung für all diejenigen, die nach einem langen Tag in der kapitalistischen Treitmühle keinen Nerv mehr haben nachzudenken.

Zum Zweiten haben wir es hier mit einer Verhöhnung aller einen Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen zu tun; diese müssen froh sein, überhaupt eine Praktikumsstelle zu bekommen, und werden oft von Praktikum zu Praktikum verschoben. Paris und Nicole hingegen machen alles falsch, und trotzdem drückt man ihnen am Ende immer Geld in die Hand. Ein erheblicher Teil der Attraktivität solcher Sendun-

**The Simple Life
Die Praktikantinnen
Doku-Soap, USA 2005
Mo., 23.10 Uhr, Pro 7
Mit: Paris Hilton, u.a.**



gen könnte darauf beruhen, dass sie den Wunsch vieler Zuschauer ansprechen, sich auch einmal austoben zu können und nicht mehr zu buckeln. Ähnlich "anti-autoritär" kommen ja beispielsweise Dieter Bohlen's Erfolgsbücher daher.

Dieser Wunsch, Verhaltensreglementierungen loszuwerden und sich nichts mehr vorschreiben zu lassen, könnte durchaus ein Anknüpfungspunkt für linke Politik sein; dies setzt jedoch eine Linke voraus, die den Kampf um ein selbstbestimmtes Leben tatsächlich zum Thema macht und gründlich mit der Spießigkeit und Miefigkeit des untergegangenen Realsozialismus abrechnet.

Heiko Bolldorf

O-TON SCHERNIKAU



Ronald M. Schernikau wird 1960 in Magdeburg, DDR geboren und wächst ab 1966 in der BRD auf. Mit 16 wird er Mitglied der DKP. Im September '89 wird Schernikau DDR-Staatsbürger. Er stirbt 1991 an den Folgen von Aids. Die folgenden Fragmente sind seinem zweiten Werk *Die Tage in L.* (1989) entnommen.

brd sieht brd: das unerfreuliche

kunst kann nichts. kunst hat keine mitteilung, nichts hat mitteilung, es gibt keine mitteilung. [...] die innensicht des westens heißt schweigen, das ist das problem. [...] heute haben wir den pluralismus. der pluralismus ist die kunst, aus scheiße gold zu machen. [...] egal was aus dem fernseher rauskommt, es ist alles literatur. das verhältnis der brdbürger zur welt ist ein literarisches. es darf unerbittlich alles behauptet werden, dafür ist nichts davon wahr. es gibt keine wahrheit. [...] zwischen der bildzeitung und den lesern der bildzeitung besteht eine ästhetische vereinbarung, wie sie bei literatur immer besteht. in diesem fall lautet die ästhetische vereinbarung seitens der bildzeitung: wir lügen; und die vereinbarung von seiten der leser lautet: wir glauben

euch nicht. – so ist alles in der ordnung. und so ist jedes bemühen sinnlos, den leuten in der ubahn ebenjene bildzeitung aus den händen zu reißen und auf die einzubrüllen: die bildzeitung lügt! natürlich lügt sie. welch eine alberne unterstellung. [...] der späte kapitalismus funktioniert durch wegkucken. [...] die lehre aus dem faschismus ist: wenn die zustände zu extrem werden, kann ich mich ihnen nicht mehr entziehen. also begeben wir uns in einen zustand, der so wenig extrem ist wie möglich und der mich also vergiftet wie ich ihn. [...] die welt ist die erklärung der welt. die tat aber ist nur durch die tat mitteilbar. den verlorenen müssen wir im modder versinken lassen.

siehe auch: www.schernikau.net

IMPRESSUM

• www.marburger-echo.de
• info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Layout: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: Feb. 2006
Redaktionsschluss: 15.01.06

DKP

www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de